

SPERRFRIST:

1. Mai 2019, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

1. Mai 2019

Heilbronn

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
der 1. Mai gehört uns. Es ist der Tag der Arbeiterbewegung!

Der Tag, an dem wir unsere Forderungen auf die Straße tragen. Die haben wir auch zu den Europa-Wahlen, die in gut drei Wochen stattfinden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen ein soziales Europa! Wir wollen ein Europa, in dem die Menschen und ihre Belange die Hauptrolle spielen! Wir wollen ein Europa, das die Menschen schützt und ihnen ein Zuhause gibt. Wir brauchen kein Europa des „Weiter so“, in dem vor allem der freie Waren und Kapitalverkehr zählt. Es ist höchste Zeit für ein Europa, das die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten verbessert! Das muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir dürfen Europa nicht den Anti-Europäern mit ihrem Gebrüll nach neuen Mauern und Grenzzäunen überlassen. Was anderes fällt denen zu Europa auch nicht ein.

Wir wollen Europa – jetzt aber richtig!

Kolleginnen und Kollegen,

Unsere Demokratie ist aus den Trümmern von zwei Weltkriegen entstanden, die unermessliches Leid über die Menschen gebracht haben. Am 1. September ist es 80 Jahre her, dass die deutschen Faschisten Polen überfallen haben. Das geeinte Europa ist und war ein Friedensprojekt, das aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts erwachsen ist. Deshalb darf sich Europa nicht in eine neue Aufrüstungsspirale zwingen lassen und muss seinem Gründungsversprechen als Friedensprojekt treu bleiben. Was wir brauchen ist ein Europa, das selbstbewusst als Friedensmacht internationale Verantwortung übernimmt. Was wir nicht brauchen, ist ein Europa, das sich an dem Wahnsinn des internationalen Rüstungswettlaufs beteiligt. Deshalb rufe ich die USA und Russland auf der ING-Vertrag zu erneuern. Abrüsten ist angesagt – und keine neuen Atomwaffen in Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben es der europäischen Einigung zu verdanken, dass wir seit sieben Jahrzehnten mit unseren Nachbarn in Frieden zusammenleben. Die deutsche Wiedervereinigung war überhaupt erst durch die Einbindung unseres Landes in die Europäische Union möglich. Heute brauchen wir ein starkes Europa mehr denn je: Kein Mitgliedsland der Europäischen Union kann die großen Herausforderungen unserer Zeit alleine stemmen – egal ob wir über Digitalisierung, Globalisierung, Migration oder Klimaschutz reden.

GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEB

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wenn die Wirtschaft läuft, das Wachstum anhält und die Arbeitsmarktzahlen unverändert gut aussehen, dann liegt das auch an uns: Mit unseren Tarifabschlüssen haben wir die Binnennachfrage ordentlich angekurbelt. Wir haben mit den Tarifabschlüssen in 2018 dafür gesorgt, dass die Löhne erneut deutlich gestiegen sind. Dank unserer Abschlüsse haben die Beschäftigten auch mehr Möglichkeiten, ihre Lebens- und Familienplanung tatsächlich zu gestalten. Mit unseren Tarifverträgen zur Arbeitszeitgestaltung haben wir sensationelle Durchbrüche für die Beschäftigten erzielt.

GEWERKSCHAFTEN UND POLITIK

Auch bei der Politik haben wir im vergangenen Jahr klar gemacht, dass sie an uns nicht vorbei kommt. Es ist unser Erfolg, dass ab 1. Januar 2019 die Arbeitgeber bei der gesetzlichen Krankenversicherung wieder in die Pflicht genommen werden und sie seit Jahresbeginn wieder paritätisch mitfinanzieren. Das bringt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Rentnerinnen und Rentner eine Entlastung in Höhe von 8 Milliarden Euro! Wir haben erste Fortschritte bei der Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus bis 2025 durchgesetzt. Das reicht uns aber noch nicht. Wir wollen ein höheres Niveau der gesetzlichen Rente und wir wollen, dass es dauerhaft hoch bleibt.

Die gesetzliche Rente muss es jeder und jedem ermöglichen machen, im Alter ein Leben in Würde zu führen! Wir unterstützen das Konzept der Grundrente. Der Arbeitsminister hat damit eine langjährige Forderung der Gewerkschaften aufgegriffen. Denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen für ihre Lebensleistung eine armutsfeste Rente. Es ist doch ein Skandal, wenn jemand 35 Jahre arbeitet und dann auf Sozialleistungen angewiesen ist! Von der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung würden übrigens zu 75 Prozent Frauen profitieren, die durch Erziehungs- und Pflegezeiten keinen Vollzeitjob annehmen konnten. Das Geschwätz von der Arztgattin ist ein billiges Ablenkmanöver! Und es bleibt dabei, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab!

Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben die Debatte um bezahlbares Wohnen wesentlich vorangetrieben. Die Wohnungsnot hat auch in Baden-Württemberg ein Zuhause gefunden. Für kleinere bis mittlere Einkommen fehlen in Heilbronn 8.600 bezahlbare Wohnungen, in der Stadt sind die Mieten bei Neuvermietungen um fast 50 % gestiegen. In Stuttgart fehlen 42.500 bezahlbare Wohnungen, in Freiburg 25.000 und in Mannheim 21.000 Wohnungen. Bundespräsident Steinmeier hat zur Eröffnung, der BuGa hier in Heilbronn gesagt: „Wir müssen verhindern, dass unsere Städte zum sozialen Kampfplatz um das Wohnen werden.“ Ich stimme im zu. Heilbronn hat den genossenschaftlichen und sozialen Wohnungsbau im Stadtteil Neckarbogen berücksichtigt, das ist gut so und muss Schule machen.

Wer zum Mindestlohn arbeitet, muss eine Wohnung für 350 Euro Kaltmiete finden. Die Nadel im Heuhaufen finden ist leichter! Das alles hat zur Folge, dass die Menschen sich die Wohnung außerhalb der Stadt suchen – mit den bekannten Folgen, was die Pendlerzeiten betrifft, was steigende Kosten für den Sprit betrifft. Da können wir uns noch so viele Gedanken über Arbeitszeitmodelle machen: Die gewonnene Arbeitszeitsouveränität gerät auf der Autobahn wieder ins Stocken.

Kolleginnen und Kollegen,

wir lassen nicht zu, dass mühsam erkämpfte Lohnerhöhungen wegen maßloser Mieterhöhungen direkt an den Vermieter weitergereicht werden. Wir akzeptieren auch nicht, dass Arbeitszeitverkürzungen im immer dichter werdenden Pendlerverkehr abgesehen werden! Deshalb sind wir auch der Europäischen Bürgerinitiative „Housing for all“ beigetreten. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau müssen künftig von den geltenden europäischen Verschuldungsregeln ausgenommen werden. Bis kommenden März wollen wir europaweit eine Million Unterschriften zusammen bekommen.

In Deutschland brauchen wir 72.000 Unterschriften. Und genau deshalb haben wir uns entschlossen, am heutigen Tag der Arbeit im ganzen Land damit anzufangen. Kolleginnen und Kollegen, unterschreibt bitte, sammelt selbst Unterschriften und rührt kräftig die Werbetrommel für unsere Europäische Bürgerinitiative „Housing for All“!

AUF UNS GEWERKSCHAFTEN KOMMT ES AN

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir wollen, dass Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht wird. Der Großen Koalition müssen wir dabei das eine ums andere Mal erklären, wie eine solche Politik aussieht. Die ist – seitdem sie regiert – für meinen Geschmack etwas zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Das hat schon was von Stresstest. Stress hin oder her - für uns ist klar, wie die Ergebnisse aussehen müssen. Lasst mich das am Thema Strukturwandel verdeutlichen. Die Arbeit der Strukturwandelkommission hat in den vergangenen Monaten viel Aufmerksamkeit genossen, ebenso ihr Abschlussbericht.

Wir Gewerkschaften waren dabei und haben von Anfang an klar gemacht: Mit uns ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung nur machbar, wenn dafür gesorgt ist, dass die betroffenen Beschäftigten nicht ins Bergfreie fallen, und wenn dafür gesorgt wird, dass die betroffenen Regionen sichere wirtschaftliche Zukunftsperspektiven haben.

Nach zähen Verhandlungen haben wir das im Abschlussbericht der Kommission auch hinbekommen. Wir haben uns auf einen tragfähigen Kompromiss geeinigt. Am Ende haben wir erreicht, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die der Ausstieg aus dem Kohlestrom für die Beschäftigten und Verbraucherinnen und Verbraucher haben wird, gleichberechtigt neben den Umwelt- und Klimaschutzzielen stehen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen – ist Nachhaltigkeit! Was nun aber passiert, macht deutlich: Auf uns Gewerkschaften kommt es an: Der Bericht war kaum raus, da fingen die ersten schon an, ihn zu zerfleddern. Einem Teil der Arbeitgeber und dem wirtschaftsliberalen Flügel der Union ist das alles viel zu teuer und zu ambitioniert; den Umweltverbänden ist es zu langsam. Dazu kann ich nur sagen: Nicht mit uns! Wir bleiben bei unserer Forderung, dass die Kommissionsempfehlungen „eins-zu eins“ umgesetzt werden müssen. Das heißt, einen gerechten Strukturwandel gibt es nur mit den Beschäftigten – niemals gegen sie! Wir brauchen schnellstens das Maßnahmengesetz zur Stärkung von Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung - ohne Abstriche für die Beschäftigten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Strukturwandel in den kommenden Jahren stellt uns vor große Herausforderungen. Der Übergang in eine klimafreundliche Wirtschaft wird enorme Veränderungen für die Arbeitswelt zur Folge haben. Daher ist es wichtig, dass dieser Strukturwandel sozial und gerecht gestaltet wird.

Für uns Gewerkschaften heißt das:

- Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung müssen gestärkt werden. Dies muss gleichermaßen für bestehende wie für neue Arbeitsplätze und Branchen gelten.
- Der Strukturwandel muss gemeinsam von den Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Politik gestaltet werden.
- Eine aktive Strukturpolitik muss nachhaltige und ökonomisch tragfähige Perspektiven schaffen und sich dabei an den Bedürfnissen in den Regionen und Gegebenheiten vor Ort richten.
- Eine fortwährende Qualifizierung von Beschäftigten sowie verstärkte Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen die Beschäftigten befähigen, neue Ideen voranzutreiben und am Wandel teilzuhaben.
- Eine gerechte Verteilung der Kosten und Erträge muss sicherstellen, dass die gesellschaftliche Spaltung nicht weiter vorangetrieben wird.
- Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie und Mobilität müssen mit einer ambitionierten Klimapolitik im Einklang stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachhaltige Lösungen brauchen wir auch, wenn es um andere Branchen geht, die vor tiefgreifenden Veränderungen stehen - etwa der Automobilindustrie. Und wir brauchen Arbeitgeber, die verantwortungsvoll mit denen umgeht, die die Unternehmen durch ihre hochqualifizierte Arbeit im Wesentlichen erfolgreich machen. In der Abgas-Affäre ist das nicht erkennbar. Weder haben offenbar die Konzernvorstände, noch die Politik hier wesentlich zur Klärung beigetragen. Weder die einen noch die anderen haben die Beschäftigten im Blick, die die Leidtragenden sind – zusammen mit allen, die erwarten, dass beim Diesel wirklich nicht mehr rauskommt als darf!

Klimaschutz und Beschäftigungssicherung gehen nur Hand in Hand. Perspektive mit Planungssicherheit – das ist es, was die Kolleginnen und Kollegen interessiert. Das ist ja wohl nicht zu viel verlangt! Wir brauchen deshalb dringend Investitionen und eine ganzheitliche Mobilitätsplanung, die alle Verkehrsträger einschließt und diese miteinander vernetzt. Auch Strategien zur Verkehrsvermeidung müssen vorangebracht werden, um so die Mobilität der Zukunft zu sichern.

Was für die Beschäftigten in der Energiewirtschaft und dem Strukturwandel gilt – muss auch für alle anderen Branchen gelten. Audi und andere müssen jetzt für die Zukunft investieren. Die Betriebe und Belegschaften mit Fort- und Weiterbildung zukunftsfähig machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Jahresbeginn liegt der gesetzliche Mindestlohn bei 9,18 Euro. Im kommenden Jahr wird er auf 9,35 Euro steigen. Über die Höhe und Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns wird seit der Forderung von Finanzminister Scholz nach 12 Euro ja wieder vortrefflich diskutiert.

Auch wir fordern einen Mindestlohn, der „existenzsichernd und armutsfest“ sein muss. Dazu kann ich nur sagen, diejenigen in der Politik die davon reden es könne beim Milo mehr sein, haben es im kommenden Jahr in der Hand und können den Mindestlohn einmalig erhöhen. Dann wird das Gesetz evaluiert und auf seine Wirksamkeit hin untersucht. Was wir nicht zulassen, ist dass die Politik von 12 € redet, aber der Mindestlohnkommission der Hebel dafür fehlt dies umzusetzen, oder denkt hier jemand die Arbeitgeber heben für 12 € Mindestlohn die Hand? Wir schüren keine Hoffnungen für etwas was so nicht umsetzbar ist. Auch wenn Lidl zur Zeit in Stellenanzeigen dafür wirbt, dass niemand unter 12 € eingestellt wird. Das ist die richtige Einsicht des Arbeitgebers. Gutes Personal gibt es dort wo gut bezahlt wird.

Kolleginnen und Kollegen,

Oberste Priorität bleibt für uns die Stärkung der Tarifbindung in der Fläche. Sie ist Garant nicht nur für Fairness auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch für soziale Gerechtigkeit und einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es kann nicht sein, dass die Tarifbindung seit Jahrzehnten sinkt. Mittlerweile sind im Westen nur noch 29 Prozent der Betriebe tarifgebunden. Im Osten noch 18 %. Mancher Arbeitgeber meinen offenbar, dass sie keine Verantwortung für die Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten haben. Anders ist die Flucht aus der Tarifbindung nicht zu erklären.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, war überhaupt der Grund für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns! Wir wollen Tarifbindung und die Einhaltung von Tarifverträgen für alle Teile des Unternehmens: das muss auch bei Unilever gelten. Wer Vorgaben von 20 bzw. 18,5 % Marge vorgibt macht Vorgaben gegen die Beschäftigten und ausschließlich für Aktionäre. Das ist unanständig!

Kolleginnen und Kollegen,

den Lippenbekenntnissen der Politik nach mehr Tarifbindung müssen endlich Taten folgen. Die Möglichkeiten zur Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen müssen endlich kommen. Wir brauchen den tarifvertraglichen Schutz für Einkommen und Arbeitsbedingungen auch bei Betriebsübergängen, Outsourcing und Umstrukturierungen. Der alte Tarifvertrag muss gelten, bis es zum Abschluss eines neuen Tarifvertrags kommt.

Neben den Sozialpartnern hat aber auch der Staat als der größte Player bei der Auftragsvergabe eine Verantwortung: Die könnte er endlich zeigen, in dem wir zu verbindlichen Tariftreuerregelungen für Bund, Länder und Kommunen. Nur noch tarifgebundene Unternehmen sollen öffentliche Aufträge bekommen! Wir zahlen doch keine Steuergelder, damit öffentliche Aufträge an Firmen vergeben werden, die Lohndumping betreiben! Dasselbe Prinzip muss für die Förderung von Betrieben aus europäischen Geldtöpfen gelten: Wer von Steuergeldern profitieren will, muss sich an Regeln halten, die im öffentlichen Interesse sind – das sind die Schutzregeln von Tarifbindung und Mitbestimmung!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Prinzip Gute Arbeit muss europaweit gelten für alle ca. 17 Millionen EU-Bürgerinnen und – Bürger, die in einem anderen Mitgliedsland der EU arbeiten und die weiteren 1,4 Millionen, die täglich über Grenzen pendeln. Es muss Schluss sein damit, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit dazu missbraucht wird, entsandte Beschäftigte aufs übelste auszubeuten. Getrickst wird bei der Erfassung der Arbeitszeit. Sozialversicherungsbetrug ist an der Tagesordnung. Betroffen sind dabei fast alle Branchen – insbesondere das Baugewerbe, die Fleischindustrie, die Pflege und der Transport- und Logistikbereich.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – das ist die Maßgabe und nichts anderes.

Kolleginnen und Kollegen,

gute Löhne bedeuten für die öffentlichen Haushalte übrigens auch gute Einnahmen. Was aber noch mehr Geld bringt, ist die leistungsorientierte Besteuerung von Einkommen und Vermögen, Kapitaleigentum und Erbschaften von den wirklich Reichen und Unternehmen in diesem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen mehr öffentliche Investitionen und die steuerliche Entlastung kleiner und mittlere Einkommen. Dass das geht, haben wir mit unseren steuerpolitischen Eckpunkten belegt. Ein funktionierendes Gemeinwesen, zu dem alle ihren gerechten Beitrag leisten, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Debatte um die Streichung des Solidaritätsbeitrags reißt ja nicht ab. Und auch immer gerne bemüht: die Senkung der Unternehmenssteuern. Fällt der Soli weg, profitieren vor allem Reiche, die das Geld sparen bzw. anlegen. Und dass Unternehmen mehr investieren, wenn sie Steuergeschenke bekommen, dafür steht der Beweis noch aus!

Kolleginnen und Kollegen,

es muss wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen, denn die anstehenden Veränderungen durch Digitalisierung und Klimawandel werden wir nicht zum Nulltarif bewältigen. Dasselbe gilt, wenn wir unser Bildungssystem auf allen Ebenen auf Vordermann bringen wollen, für Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, für den Breitbandausbau, die Verkehrsinfrastruktur oder für mehr Personal im öffentlichen Dienst. Wir brauchen massive öffentliche Investitionen für unsere Zukunftsfähigkeit. Die öffentliche Infrastruktur wird sonst weiter auf Verschleiß gefahren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zum Schluss möchte ich noch mal ein paar Worte zu Europa loswerden. Ja, es gibt einiges zu tun, damit Europa besser wird. Aber Kolleginnen und Kollegen, besser kann es nur dann werden, wenn wir dafür gemeinsam Sorge tragen. Auf Dauer wird uns hier nur gut gehen, wenn dafür gesorgt ist, dass auch die Menschen in den anderen EU-Ländern „Gute Arbeit“ haben und ein gutes Leben führen können. Diese Einsicht muss den europapolitischen Kurs der Bundesregierung bestimmen, wenn sie in der 2. Jahreshälfte 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt.

Kolleginnen und Kollegen, gute Arbeit, gutes Leben, soziale Sicherheit – dafür braucht es aus unserer Sicht

- die Stärkung von Flächentarifverträgen als die zentrale Gerechtigkeitsfrage in unserem Land,
- die langfristige Sicherung eines gesetzlichen Rentenniveaus, das im Alter für alle ein Leben in Würde ermöglicht, und
- die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Gemeinsam mit einem sozialen Europa sind Fortschritte auf diesen drei Feldern das beste Mittel gegen gesellschaftliche Spaltung.

Darum setzen wir uns mit aller Entschiedenheit gegenüber den Arbeitgebern und der Politik dafür ein, dass es hier in den nächsten Jahren deutlich voran geht. Darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Glück auf!